Bayerische Staatsregierung



Sie befinden sich hier: Startseite > Freistaat fördert Grundlagenstudie für Verkehrsverbund im Allgäu

Freistaat fördert Grundlagenstudie für Verkehrsverbund im Allgäu

26. November 2021

- Freistaat fördert Studie mit bis zu 2,1 Millionen Euro
- Ergebnisse für 2024 erwartet
- Ganz Schwaben auf dem Weg in Verkehrsverbünde

Ein Ticket, ein Fahrplan: In Verkehrsverbünden profitieren die Fahrgäste von einheitlichen Informationen und einheitlichen Tarifen bei Bus und Bahn. Der Freistaat Bayern unterstützt deshalb die Landkreise Oberallgäu und Ostallgäu sowie die kreisfreien Städte Kaufbeuren und Kempten dabei, eine gemeinsame Verbundintegration in einer Grundlagenstudie prüfen zu lassen. "Wir wollen, dass möglichst alle Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern Teil von leistungsstarken Verkehrsverbünden sind", erklärt Bayerns Verkehrsministerin Kerstin <u>Schreyer</u>. "Das erleichtert die Nutzung des ÖPNV und hat für die Fahrgäste viele Vorteile. Wir übernehmen deshalb fast 90 Prozent der Kosten für die Studie und unterstützen die Kommunen mit bis zu 2,1 Millionen Euro."

Die bestehende Zusammenarbeit im Allgäuer ÖPNV umfasst zwar den Bus-, nicht jedoch den Bahnverkehr. In der Region gibt es mit der OVG (Ostallgäuer Verkehrsgemeinschaft), der mona (Mobilitätsgesellschaft für den Nahverkehr im Allgäu) und der VG OA (Verkehrsgemeinschaft Oberallgäu) aktuell drei Tarifgebiete für den Busverkehr. Mit der Grundlagenstudie wird nun eine einheitliche verkehrliche und tarifliche Kooperation auf dem Gebiet der vier Kommunen untersucht. Dabei wird auch geprüft, ob eine Integration der Bahn verkehrlich und wirtschaftlich sinnvoll wäre. Mit Ergebnissen ist im Jahr 2024 zu rechnen. Wenn die Studie ergibt, dass eine Verbundintegration sinnvoll ist, können die Kommunen darüber entscheiden und weitere Förderungen des Freistaats für integrationsbedingte Einmal- und Dauerkosten erhalten. Anschließend wäre eine zügige Umsetzung möglich, da die Studie bereits alle Voraussetzungen wie realistische Kostenprognosen und Zeitpläne erarbeiten wird.

Thomas <u>Kiechle</u>, Oberbürgermeister Stadt Kempten (Allgäu): "Ich sehe in der Studie zur Verbundintegration eine große Chance für unseren Verkehrsraum. Das Allgäu ist ein sehr beliebter Lebens-, Arbeits- und Freizeitraum – das muss sich auch in der Organisation unseres Verkehrs widerspiegeln."

Indra <u>Baier-Müller</u>, Landrätin des Landkreises Oberallgäu: "Zwei wesentliche Stellschrauben, um deutliche Verbesserungen im ÖPNV zu erreichen, sind das Thema Verkehrsverbund und das Thema Tarifharmonisierung. Anders gesagt, es sind DIE Knackpunkte für die Weiterentwicklung unseres ÖPNV. Deshalb sind wir dankbar für die finanzielle Unterstützung dieser Studie."

Stefan <u>Bosse</u>, Oberbürgermeister Stadt Kaufbeuren: "Kaufbeuren sieht sich in einer Scharnierfunktion zwischen Allgäu und der Europäischen Metropolregion München. Die Verbindung und attraktive Gestaltung von Bus- und Bahnverkehr ist für ein klimafreundliches Pendlerverhalten wichtig. Es ist sehr sinnvoll, dass im Rahmen der Studie auch die Verzahnung mit benachbarten Verkehrsverbünden betrachtet wird."

Maria Rita <u>Zinnecker</u>, Landrätin des Landkreises Ostallgäu: "Einheitliche Strukturen stärken den ÖPNV. Die Ergebnisse der Grundlagenstudie werden uns wichtige Erkenntnisse liefern, welche Perspektiven wir dazu im Allgäu haben. Ich begrüße die Grundlagenstudie daher ausdrücklich."

Großer Vorteil von Verkehrsverbünden ist es, dass Tickets in der Regel einheitlich in allen öffentlichen Verkehrsmitteln gültig sind. Außerdem werden Fahrpläne aufeinander abgestimmt und spiegeln sich auch in abgestimmten Fahrgastinformationen wider, was Zugangshemmnisse zum ÖPNV abbaut. Der Freistaat Bayern unterstützt deshalb bayerische Kommunen, die derzeit noch keinem Verkehrs- und Tarifverbund aus Bus und Bahn angehören, auf ihrem Weg in einen solchen Verbund. "Inzwischen haben sich alle verbundfreien Landkreise und kreisfreien Städte in Schwaben einer Verbundstudie angeschlossen. Das ist ein großer Erfolg und ein wichtiger erster Schritt", erklärt Verkehrsministerin Schreyer. "Mit Hilfe der Ergebnisse können die Kommunen eine fundierte Entscheidung über ihren Beitritt treffen und damit die Voraussetzung für viele Verbesserungen im öffentlichen Nahverkehr schaffen."

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers

Inhalt Datenschutz Impressum Barrierefreiheit

